



concret

Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni



PETER PEYER

Am 10. Juni 2018 in die Bündner Regierung

Gewählt ist: Peter Peyer

Von Lukas Horrer

Am 25. Juni 2017 war Wahlsonntag. Ihr habt entschieden, ob unser Kandidat für die Regierung Peter Peyer oder Andreas Thöny heisst. Das Resultat wurde am Wahlsonntag in der Werkstatt in Chur bekanntgegeben: Bei 1475 eingegangenen Stimmen und einem absoluten Mehr von 728 Stimmen ist mit 868 Stimmen oder 59.7 Prozent Peter Peyer zum Regierungsratskandidaten der SP Graubünden gewählt worden. Lieber Peter, ganz herzliche Gratulation!

Die ersten Vorwahlen der Schweiz sind Geschichte. Wir – die SP Grau-

Inhalt

Vorwahlen Regierungsrat	1-6
JA zur AV2020	7-8
Ja zum Gegenvorschlag für Ernährungssicherheit	9
Aus dem Grossen Rat	10
Wohnbaugenossenschaft Almens	11-12
Causa Kunsthaus	13
Leute: Conradin Caviezel	14
JUSO	15
Letzte Seite	16



Vorwahlen Regierungsrat

bünden – sind die erste Partei, die den Mut hatte, mehr Demokratie zu leben und die Wählerinnen und Wähler bereits bei der Nomination eines Kandidaten mitentscheiden zu lassen. Die Botschaft an die Wählerinnen und Wähler: Sozialdemokratische Politik ist spannend, lesbar, offen und vor allem: Ihr könnt mitbestimmen. Alle über 16 Jahre, die in Graubünden leben, konnten mitentscheiden. Unabhängig von der Farbe des Passes.

Wer eine Premiere wagt, der ist immer etwas nervös. Der Ausgang offen, Erfahrungswerte gibt es keine. Darum freut es mich umso mehr, dass die Vorwahlen ein voller Erfolg waren:

- Zwei Kandidaten, um deren Engagement uns andere Parteien beneiden.
- 17 Veranstaltungen in allen Regionen Graubündens.
- Hunderte von direkten Gesprächen mit WählerInnen.

Und vor allem: Die Beteiligung an den Vorwahlen liegt über den Erwartungen. Das Ziel von 1200 wurde deutlich übertroffen. Mit 1475 Wählerinnen haben sich mehr als doppelt so viele Personen an der Vorwahl beteiligt, wie die SP Graubünden Mitglieder hat. An sie alle: Danke! Zusammen haben wir Bündner Politik spannender und demokratischer gemacht.

Zum Schluss ein Blick in die Zukunft. Am 10. Juni 2018 wird gewählt. Bereits jetzt eine Bitte: Als Parteisekretär

zähle ich auf euch. Ich zähle auf eure Unterstützung. Diesen Sitz gewinnen wir nicht im Parteisekretariat. Diesen Sitz gewinnt auch nicht das Präsidium. Auch nicht der Kandidat alleine, egal wie engagiert er ist. Nur wenn wir gemeinsam anpacken, holen wir diesen Sitz. Wir alle müssen das zu unserer Aufgabe machen!

Nach diesem Wahlsonntag fängt die Arbeit an. Ihr hört von uns, denn wir brauchen euch. Am Telefon, um direkt mit den WählerInnen zu sprechen, auf der Strasse beim Flyerverteilen, beim Leserbriefschreiben usw. usf.

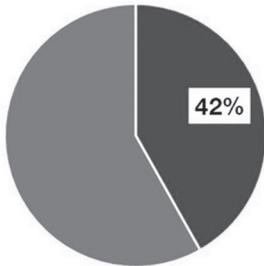
Das Wichtigste ganz am Schluss. Lieber Andreas, du konntest die Vorwahlen nicht gewinnen. Und ich habe volles Verständnis, dass dich das nicht eben glücklich macht, dass dich das wurmt. Aber: Dein Mut, bei diesem demokratischen Wettbewerb anzutreten, deine Art und Weise, wie du dich der Ausmarchung gestellt hast – das ist vorbildlich. Das alles war nur möglich, weil du bist wie du eben bist. Engagiert, kompetent und überzeugt von deinem Einsatz für die richtige Sache – für die Sozialdemokratie und für die Menschen in diesem Kanton. Darum freut es mich ungemein, dass du erneut für den Grossen Rat kandidierst.



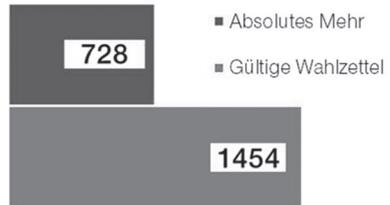
Lukas Horrer, Parteisekretär und Leiter der Vorwahlen, Chur



STIMMBETEILIGUNG



ABSOLUTES MEHR



VORWAHLEN IN DIE REGIERUNG - 25. JUNI 2017

WAHLRESULTAT



40,3%
586 Stimmen

ANDREAS THÖNY

Stimmbeteiligung:
42%, 1475 Stimmen



59,7%
868 Stimmen

PETER PEYER

Die Detailresultate, inkl. dem Wahlverhalten der einzelnen Regionen, können auf www.vorwahlen.ch heruntergeladen werden.



Regierungsratswahlen 2018

Fortschritt für Graubünden

Von Peter Peyer

Wenn einer wie ich offizieller Regierungsratskandidat der SP sein kann, hat das mit Fortschritt zu tun. Einer, der Arbeiterkind ist und keinen akademischen Titel trägt. Einer, der aus eigener Erfahrung weiss, dass es nicht immer gerade läuft im Leben, dass Herkunft und Verpackung manchmal mehr zählen als Leistung und Inhalt.

Heute stehe ich auf der Sonnenseite des Lebens. Ich verdiene einen Lohn, von dem meine Eltern nur träumen konnten. Ich sitze in Gremien, die bis vor kurzem noch den Wirtschafts- und Politeliten des Kantons und meiner Region vorbehalten waren. Heute werde ich auch in diesen Kreisen gehört und ernst genommen. Mein Werdegang zeigt: Unsere Gesellschaft hat sich geöffnet.

Da will ich ansetzen. Für diejenigen, die vieles richtig machen im Leben, sich beteiligen, sich an die Regeln halten, hart arbeiten, und trotzdem das Gefühl haben, nicht vom Fleck zu kommen. Und für diejenigen, denen es zwar gut geht, die aber in einer fortschrittlichen und gerechten Gesellschaft leben wollen.

Darum will ich die Themen Wirtschaft, Gesellschaft und Finanzen ins Zentrum meiner Kampagne stellen. Denn Graubünden ist dann attraktiv, wenn es Arbeitsplätze gibt, wenn günstige Kinderbetreuung sichergestellt ist, wenn das Familieneinkommen für

mehr als für das Wohnen und das Bezahlen der Krankenkassenprämien reicht, wenn die öffentlichen Dienstleistungen gut funktionieren und sicher finanziert sind. Das heisst für meinen Wahlkampf konkret:

1. Ich will die Wirtschaft diversifizieren, digitalisieren und Graubünden als Ausbildungskanton positionieren. Im Tourismus auf Sommer, Gesundheit, Kultur, Natur und vor allem Vielfalt setzen. Die schnellen Leitungen, die in Graubünden längst verlegt sind, müssen zum Nutzen aller verfügbar sein. Die Digitalisierung verpassen liegt nicht drin. Und wir müssen den Klimawandel als Fakt akzeptieren und alles unternehmen, um auch in Graubünden die Auswirkungen zu minimieren. Beispielsweise durch konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs und eine eigenständige Stromversorgung zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energieträgern.

2. Ich will mehr Chancen für alle Bündnerinnen und Bündner. Es braucht die vollständige Gleichstellung der Geschlechter und mehr Frauen an den Stellen, wo die Entscheidungen getroffen werden. Wir benötigen mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das nützt den Familien wie der Wirtschaft. Genauso brauchen wir bezahlbare Wohnungen in unseren touristischen und städtischen Zentren. Das nützt ebenfalls den Familien und der Wirtschaft. Denn Familien mit mehr Kaufkraft konsumieren auch mehr.



Peter Peyer, Grossrat,
Regierungsratskandidat
SP Graubünden, Trin



3. Ich will, dass unser Gemeinwesen, unsere Politik, ehrgeizig die genannten Ziele verfolgt. Dazu braucht es Mut, Fleiss und Zusammenarbeit. Aber auch eine solide Finanzierung. Deshalb will ich dafür sorgen, dass das reichste Prozent wieder seinen fairen Anteil an den Staatshaushalt beiträgt. Graubünden will ein Ort der Gemeinschaft und des Zusammenhalts sein und nicht der Kanton des maximalen Eigennutzes.

Die SP war erfolgreich in letzter Zeit. Daraus erwächst Verantwortung. Jetzt ist die Zeit, um die Hand auszustrecken und mit anderen politischen Kräften Ideen und Lösungen für Graubünden zu entwickeln. Zusammen. Das erwarten die Wählerinnen und Wähler von der Politik. Das erwarten sie gerade von mir und der SP.

Meine Kandidatur ist ein Angebot an alle, die uns vorwärts bringen wollen. Auch an alle Menschen, die nicht regelmässig SP wählen oder sogar noch nie SP gewählt haben. Ich bin überzeugter Sozialdemokrat. Aber ich will niemanden bekehren. Ich will die Leute lediglich überzeugen, dass es in Graubünden Fortschritt für alle und in der Regierung eine Vielfalt der Meinungen braucht. Und dass ich eine gute Ergänzung zur bürgerlichen Mehrheit bin. Darum will ich sehr bewusst auch um die Stimmen derjenigen werben, die nicht in allen Punkten gleicher Meinung sind, aber Anstand, Respekt und Ehrlichkeit in der Politik schätzen.

Regierungratskandidat Peter Peyer hat in seiner Rede nach der Verkündung des Wahlergebnisses der Vorwahlen am 25. Juni in der Werkstatt folgende drei Wahlversprechen abgegeben:



1. Ich verspreche als Regierungsrat für meine Werte und Ideen einzustehen und innerhalb der Regierung konstruktiv und auch hartnäckig dafür zu kämpfen. Die Wählerinnen und Wähler haben den Anspruch, dass Politiker nach den Wahlen wirklich für die Dinge einstehen, die sie im Wahlkampf erzählt haben.

2. Ich verspreche als Regierungsrat die Kollegialität hochzuhalten und das Gemeinwohl immer über Einzelinteressen zu stellen. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das gleiche Recht, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und ihnen zugehört wird.

3. Ich verspreche als Regierungsrat offen, ehrlich und verbindlich zu kommunizieren. Staatliches Handeln muss für die Bevölkerung nachvollziehbar sein. Die Leute sollen immer wissen, woran sie sind.





Vorwahlen Regierungsrat

Andreas Thöny: Ein Gentleman im besten Sinne

Von Andri Perl

Da standen wir also, die SP. Mit zwei ausgezeichneten Kandidaten und einer schwierigen Entscheidung. Andreas Thöny oder Peter Peyer? Wen bloss für die Regierungswahlen nominieren? Wir machten uns die schwierige Entscheidung zu Nutzen: Für eine Nomination gibt es kein faireres, aber auch kein interessanteres Verfahren als die offene Ausmarchung über Vorwahlen. Das gibt Aufmerksamkeit, das trainiert unsere Kandidaten. Dass aber das Verfahren alleine fair ist, garantiert noch keinen fairen Wahlkampf unter den Kandidaten. Dafür braucht es die persönliche Klasse der Mitstreiter. Es braucht die gesunde Balance zwischen Siegeswillen und vollem Einsatz auf der einen sowie Gelassenheit und Souveränität auf der anderen Seite. In unseren Vorwahlen haben beide Kandidaten diese Tugenden voll ausgelebt. Ohne die Bereitschaft der Kandidaten, eine Niederlage wegzustecken, wäre ein Vorwahlkampf nicht zu machen.

In der Art und Weise, wie Andreas Thöny in die Vorwahlen gestiegen ist, so ging er auch mit dem Resultat am Wahlsonntag um. Als Gentleman im besten Sinne:

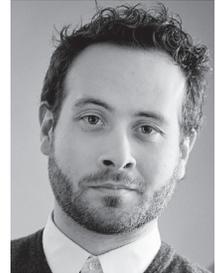
«Ich gratuliere dir ganz herzlich zu deinem Wahlerfolg. Du bist ein überaus fairer Mitbewerber, der den Sieg verdient hat. Auch deshalb hat Peter meine volle Unterstützung für die

kommenden Monate, wenn es darum geht, den Sitz der SP in der Bündner Regierung zu verteidigen. Und ich rufe alle, die mir ihre Stimme gegeben haben, dazu auf, es mir gleich zu tun. Peter, du kannst im kommenden Wahlkampf auf mich zählen!»

Zum Glück bleibt Andreas der Politik und der Partei erhalten. Er stellt sich der SP Herrschaft/Fünf Dörfer, motiviert für eine weitere Legislatur, als Grossrat zur Verfügung.

Bereits während der Vorwahlen hat Andreas angekündigt, unabhängig von deren Ausgang sein Amt als Fraktionspräsident abzugeben. Conradin Caviezel übernimmt das Präsidium. Andreas zieht es in die Geschäftsprüfungskommission, wo er den Sitz von Standesvizepräsidentin Tina Gartmann übernimmt.

Als Fraktionsmitglied konnte man auf Andreas' umsichtige Art, zu präsidieren, zählen. Er hatte für alle ein offenes Ohr, war auf Ausgleich und vor allem auf gute Aufgabenteilung bedacht. Es ist auch sein Verdienst, dass man unsere Fraktion bei der Konkurrenz beneidet: um die gute Organisation und darum, wie breit wir bei allen Themen aufgestellt sind. Danke für diese tolle Bütz, Andreas! Danke für deinen Einsatz bei den Vorwahlen! Und viel Erfolg im kommenden Grossratswahlkampf!



Andri Perl, Grossrat & Mitglied Concret-Redaktion, Chur

Eidg. Abstimmung vom 24. September 2017



Natascha Wey,
Co-Präsidentin SP Frauen*, Zürich

Ja zur AV2020 – auch aus Frauensicht!

Von Natascha Wey

Die Altersreform 2020 kann einem als Feministin in ein Dilemma bringen. In ein Dilemma, weil sie Vor- und Rückschritte beinhaltet. Und in ein Dilemma, weil im Kontext der Entscheidungsfindung die Reform von den Medien plötzlich zu einer Frauenfrage oder gar zu einer Frauenreform stilisiert wurde. Das Pro-Lager sagt also, wie gut die Reform für «die Frauen» ist, das Contra-Lager sagt, wie schlecht die Reform für «die Frauen» ist. Beides ist mir etwas zu einfach, beide Argumentationen bringen wichtige Aspekte, beide haben aber auch Schwächen, weil sie Dinge ausblenden.

Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist tatsächlich nicht gerechtfertigt ...

Linke Gegnerinnen haben einen wichtigen Punkt: Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist ökonomisch nicht gerechtfertigt. Wer Feminismus – wie ich – auch als Verteilungsfrage versteht, kann dazu deshalb nur mit Mühe «Ja» sagen. Dies auch, weil demografisch bedingte Unterfinanzierung der AHV für die nächsten Jahre zu einem grossen Teil über die Erhöhung des Frauenrentenalters finanziert wird. Und das tut weh. Ich habe also Verständnis für Frauen, welche die Erhöhung des Rentenalters kritisieren, wengleich die Erhöhung des Rentenalters der bürgerlichen

Mehrheit zuzuschreiben ist, als der Linken im Parlament. Die Anträge, das Rentenalter nicht zu erhöhen wurden nämlich abgeschmettert. Ich habe also Verständnis für die Wut der Frauen, weil es ist ja nicht so, dass wir im Gegenzug Lohngleichheit hätten oder Männer gleichviel unbezahlte Arbeit wie Frauen leisten. Und es fehlen im politischen Feld nach wie vor auch die (linken) Männer, die sich Gleichstellungspolitik als Hauptmotivation auf die Fahne schreiben und zu ihrem politischen Schwerpunkt erklären.

... aber das linke «Nein» verschweigt die erzielten Fortschritte.

Aber zurück zur Altersvorsorge: Nun ist die Vorlage ein Dilemma, weil sie für Frauen auch beachtliche Fortschritte bringt. Und diese werden von Gegner_innen, welche die Reform aufgrund der Rentenaltererhöhung ablehnen, schlicht ausgeblendet, was ich unredlich finde. Es sind nämlich Fortschritte für relativ viele Frauen. Frauen haben aus dem BVG eine rund halb so hohe Rente wie Männer. Dies hängt damit zusammen, dass Frauen mehr Teilzeitarbeit leisten und durch den viel zu hohen Koordinationsabzug diskriminiert werden. Die Reform setzt mitunter an diesem Punkt an: Wer zwischen 21 150 Franken und 55 000 Franken pro Jahr verdient, profitiert von einem besseren Versicherungsschutz. Zwei Drittel in dieser Lohnkategorie versicherten Personen sind Frauen.



Ein Beispiel: Eine Frau, mit Jahrgang 1978, die ein Jahreseinkommen von 35000 Franken ausweist, käme bei ihrer Pensionierung im Jahr 2043 auf eine Pensionskassenrente von 365 Franken. Mit der Reform 2020 verbessert sich diese Rente auf 594 Franken pro Monat. Zusammen mit dem AHV-Zuschlag von 70 Franken, erreicht sie im Alter also eine deutliche Rentenverbesserung. Die Flexibilisierung des Koordinationsabzuges in der zweiten Säule beseitigt zumindest einen Teil der bestehenden Diskriminierungen im BVG.

Nun finde ich das Ausblenden dieser Fortschritte unredlich, weil man gerade den Frauen, die davon profitieren, auch aus linker Sicht erklären muss, weshalb man ihnen diese Verbesserungen nicht gönnt. Als Feministinnen setzen wir uns ja ebenfalls ein für Lohngleichheit und prangern die Diskriminierungen im Erwerbsleben an. Wir sagen ja auch nicht: der Kapitalismus ist böse, wir sind sowieso dagegen, wir wollen keine Erwerbsarbeit mehr, also was fordern wir denn jetzt überhaupt noch Lohngleichheit. In Realität haben wir heute die Situation, dass die Frauenerwerbsquote nach wie vor steigt und das bedeutet meines Erachtens, dass Frauen ein Recht darauf haben, für diese geleistete Arbeit auch anständig versichert zu werden. Nochmals: rund 60% der Frauen arbeiten Teilzeit, aber nur 18% der Männer. Natürlich bin ich als Linke keine Verfechterin des BVGs. Allerdings ärgert mich da auch die

gängige links-aussen-Argumentation, die salopp etwa so funktioniert: Das BVG ist sowieso schlecht, es ist uns also egal, wenn Frauen dort diskriminiert werden, wir sind schliesslich gegen die Kapitalvorsorge an sich. Natürlich: Ich hätte auch lieber eine dreimal so hohe AHV-Rente und kein BVG. Ich empfinde es aber trotzdem als ungerecht, wenn Frauen schlechter versichert sind, nur weil sie mehr Teilzeit arbeiten.

Ich habe mich als Co-Präsidentin der SP Frauen für ein «Ja» zur Reform 2020 eingesetzt, weil es aus einem Dilemma nur einen Ausweg gibt: Genau hinschauen, Argumente prüfen und eine Entscheidung treffen. Die Vorlage ist nicht perfekt und sie ist auch kein feministisches Wunderwerk. Aber etwas weiss ich mit Garantie: wenn die Reform 2020 an der Urne scheitert, dann sind die Chancen auf ein feministisches Wunderwerk bei der nächsten Reform wesentlich geringer!

In einer Urabstimmung haben die Mitglieder der SP Schweiz mit 90.6 Prozent die **JA-Parole** beschlossen. **Die Mitglieder der SP Graubünden stimmten der JA-Parole bei der Urabstimmung mit 93.0 Prozent zu.**

Eidg. Abstimmung vom 24. September 2017



Beat Jans, Nationalrat BS,
Vizepräsident SP Schweiz

Ja zum Gegenvorschlag für Ernährungssicherheit

Von Beat Jans

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz sagte klar Ja zum Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit». Die Initiative stammte vom Bauernverband und wurde zurückgezogen.

Der Schutz des Kulturlandes und eine nachhaltige Landwirtschaft sind schon heute in der Bundesverfassung verankert. Es lässt sich deshalb trefflich streiten, ob es die neue Verfassungsbestimmung überhaupt braucht. Sie ändert unmittelbar nichts. Die Kommissionen von National-/Ständerat und der Bundesrat haben klar festgehalten, dass sie keine Gesetzesänderungen auslösen wird. Die Agrar- und die Handelspolitik werden in ihrer bisherigen Ausrichtung weitergeführt.

Trotzdem befürworten die SP zusammen mit Bio Suisse, den Umwelt-, Tier- und Konsumentinnen-Verbänden, den neuen Verfassungstext. Ernährungssicherheit ist ein Begriff, der in Anbetracht wachsender Nachfrage nach Lebensmitteln eine Umschreibung in der Verfassung verdient. Der Begriff Ernährungssicherheit umfasst nicht nur die inländische Produktion sondern explizit auch den Handel. Dieser soll sich fair entwickeln. Das kommt mit der Formulierung «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Land-

und Ernährungswirtschaft beitragen» zum Ausdruck. Das entspricht der Handelspolitik der SP und ist auch ein Entgegenkommen an die Fairfood-Initiative, die noch hängig ist.

Die inländische Lebensmittelproduktion soll «standortangepasst und ressourceneffizient» sein. Was unter diesen heiklen Begriffen zu verstehen ist, entscheiden nicht die Initianten vom Bauernverband sondern, weil es ein Gegenvorschlag ist, ausschliesslich das Parlament. Und dieses hat über die Kommissionssprecher der Räte folgende Definition festgehalten: «Die Landwirtschaft soll nicht intensiviert sein, die Belastung der natürlichen Ressourcen soll nicht zunehmen». Andererseits wird damit zum Ausdruck gebracht, dass sich die Produktion innerhalb der ökologischen Grenzen bewegen soll bzw. die Tragfähigkeit der Ökosysteme nicht überbelastet werden darf. Eine Verbesserung der Ressourceneffizienz soll dazu beitragen, die Beanspruchung der Ressourcen und die Emissionen in die Umwelt unter Erhaltung des Beitrags der Inlandproduktion zur Versorgungssicherheit zu reduzieren (Ressourcenschonung). Damit ist klar, dass die Ökologisierung der Landwirtschaft nicht zur Debatte steht. Und schliesslich wird der Aspekt Foodwaste in die Verfassung aufgenommen. Sie verlangt «einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln». Auch das ist im Sinne der SP.

Die DV der SP Schweiz hat die **JA-Parole** gefasst. Die GL der SP Graubünden wird am a.o. Parteitag vom 6. September in Chur ebenfalls **die JA-Parole beantragen**.



Aus dem Grossen Rat

Standesvizepräsidentin

Von Tina Gartmann-Albin

Im Jahre 2016 durfte ich den Churer Gemeinderat präsidieren. Das Amt als Gemeinderatspräsidentin und höchste Churerin hat mir sehr zugesagt und mir viele Erfahrungen eingebracht. Als dann unser Fraktionschef des Grossen Rates, Andreas Thöny, die Fraktionsmitglieder angefragt hat, wer Interesse am Standespräsidium hat, habe ich – auch dank den positiven Rückmeldungen der Gemeinderatskolleginnen und -kollegen zu meiner Ratsführung – spontan zugesagt. An dieser Stelle möchte ich der Fraktion nochmals ganz herzlich für die Nomination danken und ihr schon heute zusichern, mein Bestes zu geben, unsere Partei gut zu vertreten. Natürlich muss man sich das Standespräsidium erst einmal mit dem Standesvizepräsidium „abverdienen“. Ich freue mich sehr auf dieses Jahr, bietet es mir doch viele Möglichkeiten, dazulernen und weitere Kontakte zu knüpfen. So nimmt man schon Einsitz in die Redaktionskommission sowie in die Präsidentenkonferenz des Grossen Rates. Bereits als Standesvizepräsidentin darf ich nach Absprache mit dem Standespräsidenten einige Geschäfte im Grossen Rat leiten. Da ich mit meinem früheren GPK-Kollegen und heutigen Standespräsidenten Martin Aebli ein sehr gutes Verhältnis habe, tauschen wir uns regelmässig aus. Ich kann meine Wünsche und Gedanken für den Ratsbetrieb einbringen. Das Jahr des

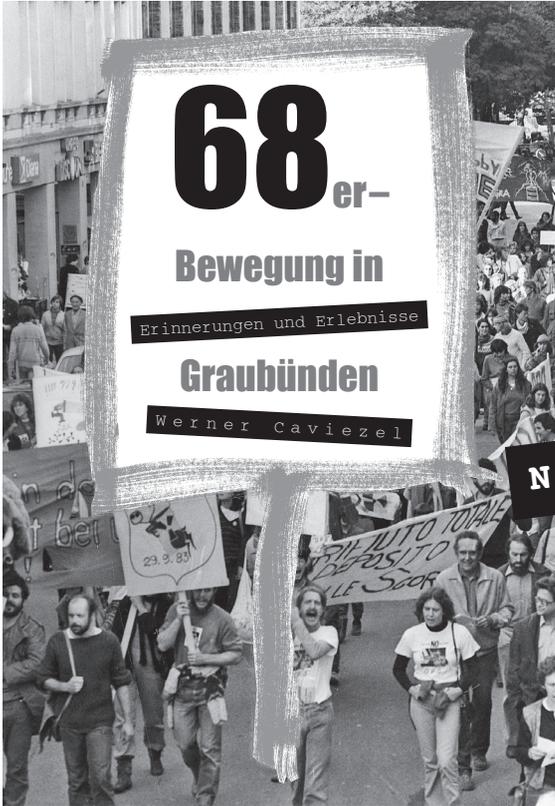
Standesvizepräsidiums möchte ich dazu nutzen, die Leitung des Ratsbetriebes besser zu studieren und zu erlernen. Ebenfalls möchte ich den Kontakt zu den Grossrätinnen und Grossräten verstärken, um ihre Kritik, ihre Anregungen oder auch ihr Lob an der Ratsleitung für mein späteres Jahr als Standespräsidentin nutzen und umsetzen zu können. Auch darf ich den Standespräsidenten bei seiner Abwesenheit an diversen Anlässen vertreten. Bei diesen Gelegenheiten wird es mir ein grosses Anliegen sein, nicht nur als Vertreterin des Kantons Graubünden sondern auch als SP-Mitglied in Erscheinung zu treten.

Ich freue mich sehr auf das Jahr als Standesvizepräsidentin und bin überzeugt, viele schöne Momente, vielleicht aber auch die eine oder andere Enttäuschung zu erleben. Ich werde mein Bestes geben, meine Aufgabe so gut wie möglich zu erfüllen!

Aber natürlich stehen mir auf dem Weg zum Standespräsidium nebst der Wahl durch den Grossen Rat noch die Grossratswahlen im Juni 2018 bevor. Diese Hürden müssen erst noch bezwungen werden.



Tina Gartmann-Albin,
Grossrätin und Standesvizepräsidentin, Chur



Neuerscheinung

Werner Caviezel
«68er-Bewegung in Graubünden»
Verlag Desertina
ISBN 978-3-85637-496-9
208 Seiten Hardcover mit
Fadenheftung 16.5 x 23.3 cm
CHF 38.00
Erscheint September 2017

Werner Caviezel «68er-Bewegung in Graubünden» Erinnerungen und Ereignisse

Im September 2017 erscheint die Publikation über die 68er-Bewegung in Graubünden von Werner Caviezel. Der Autor, selbst 68er an vorderster Front, geht auf Spurensuche. Zahlreiche Fotos sowie Anekdoten von Weggefährten ergänzen das umfangreiche Werk 50 Jahre nach den Ereignissen, welche die Nachkriegszeit verändert haben.

Das Buch kann direkt beim Autor bestellt werden, Abonnenten und Leserinnen von Concret erhalten es zum Spezialpreis von Fr. 34.- inkl. Porto und Verpackung. Abholen direkt im Advokaturbüro Caviezel, Thöny, Cantieni für Fr. 28.-.

Bestellungen schriftlich an Advokaturbüro Caviezel, Thöny, Cantieni, Bahnhofstrasse 8, 7000 Chur. Telefonisch 081 252 34 41 oder per Mail an wernercaviezel@bluewin.ch.



Weshalb eine Wogeno in einem kleinen Dorf?

Von Urs Chiara

Die gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft «Pumera» will in Almens Wohnungen mit einer guten Wohnqualität zu Selbstkosten anbieten. Ziel ist eine gute Durchmischung von jungen Familien bis zu pensionierten Paaren und Einzelpersonen. 9 der 18-21 Wohnungen sind bereits verbindlich gebucht – allerdings hat es noch keine Familie. Die Mitgliederversammlung hat deshalb beschlossen, dass fünf grosse Wohnungen für Familien vorreserviert bleiben. Sonst gelten die Buchungen in der zeitlichen Reihenfolge der Anmeldung.

Der eigentliche Grund für die Genossenschaftsgründung liegt aber in der Herausforderung der Dorfentwicklung. Das recht intakte und teilweise geschützte Dorfbild von Almens soll auf dieser Parzelle der Gemeinde so erweitert werden, dass eine eng korrespondierende Erweiterung zum Dorfkern entsteht. Das setzt eine gemeinsame Planung voraus – und dafür eignet sich die Wogeno als gute Organisationsform. Rund 21 wohninteressierte Parteien investieren zusammen mit weiteren ideellen Mitgliedern in eine gemeinsam geplante Dorfentwicklung.

Die Initiative entstand aus dem Dorf selber – einige mit konkretem Wohninteresse und andere, weil sie diese Idee unterstützen. So sind 12 von rund 86 Almenser Haushalten Mitglied in der Genossenschaft. Gesamthaft ist die Genossenschaft mit

93 Mitgliedern breit in der Region verankert. Für die Ausarbeitung konnte Gion A. Caminada aus Vrin gewonnen werden – ein Architekt, der sich nicht mit markanten Einzelobjekten exponieren will, sondern unscheinbar, unauffällig eingepasste Gebäude in bestehende Strukturen verfolgt. Ein Novum plant er mit seiner Projektidee dennoch: Die zweckfreien Räume bilden Orte, wie sie früher zwischen engverschachtelten Häusern und Ställen oft entstanden sind. Sie sind unbeheizt und erweitern die beheizte Wohnfläche teilweise um rund 50%. Diese Idee deckt sich hervorragend mit dem Leitbild der Wogeno, das die Suffizienz als Grundgedanken nennt: Nicht die grösstmögliche Bequemlichkeit oder das technisch Machbare ist das Ziel, sondern das Notwendige für eine gute Wohnqualität. Im Sommer sind die genutzten Aufenthaltsorte ausgedehnt, im Winter zieht man sich in die behaglich geheizten Räume zurück.

Das Projekt wird diesen Herbst projektiert und soll im 2018/19 gebaut werden. Die Finanzierung sieht vor, dass sich Leute mit mehr, aber auch mit wenig Vermögen beteiligen können. Wer mehr als 10 % des Wohnungswerts investieren will, erhält dafür eine moderate Verzinsung. Ebenfalls alle, die ideell etwas investieren wollen (ohne oder mit späterer Wohnabsicht).

Mehr Infos:

Wogeno Pumera, Urs Chiara, 081 630 10 42
oder www.wogeno-pumera.ch

Causa Kunsthaus



Doris Caviezel-Hidber,
Vizepräsidentin SP GR,
Chur



Philipp Wilhelm, Partei-
präsident SP GR, Davos



Sandra Locher Benguerel,
Grossrätin, Chur

Schaden begrenzt. Nun braucht es eine Vorwärtshaltung.

Von Doris Caviezel-Hidber, Sandra Locher Benguerel, Philipp Wilhelm

Im Juni verkündete unser Regierungsrat Martin Jäger die Absetzung von Stephan Kunz als Direktor des Bündner Kunstmuseums (BKM). Der darauffolgende Aufschrei reichte weit über die Bündner Kulturszene hinaus und machte zwei Dinge deutlich:

1. Unser BKM verfügt über eine grosse Ausstrahlung, ganz im Sinne der SP, die sich wie keine andere Partei für einen starken Kulturkanton einsetzt.
2. Stephan Kunz geniesst eine breite Verankerung in der Kulturszene und seine Absetzung wurde als grosser Imageschaden wahrgenommen.

Die Öffentlichkeit protestierte lautstark gegen diesen Entscheid und die SP verlangte von ihrem Regierungsrat eine Klärung der Gründe für die Absetzung des Direktors. Für uns ist klar, dass staatliches Handeln stets nachvollziehbar sein muss. Die Kommunikation der Degradierung liess aber viel Interpretationsspielraum zu, so dass es zu wilden Spekulationen und persönlichen Angriffen auf Martin Jäger und seine Amtsleiterin kam.

In der Folge sistierte Martin Jäger seinen Entscheid und suchte mit Hilfe eines Mediators und unter Einbezug verschiedener Anspruchsgruppen nach einer besseren Lösung. Ende Juli präsentierte er an einer Pressekonferenz die neue Führungsstruktur

eines Co-Direktoriums mit Stephan Kunz als künstlerischem Direktor und Nicole Seeberger als administrative Direktorin. Dass Regierungsrat Martin Jäger Fehler eingestanden hat und auf Grund der Anhörung von externen Stimmen auf seinen ersten Entscheid zurückgekommen ist, zeugt von Grösse.

Über die Gründe für die ursprüngliche Degradierung von Stephan Kunz herrscht aber weiter Unklarheit. Die SP findet darum nach wie vor eine Aufarbeitung des Prozesses durch die Geschäftsprüfungskommission richtig, damit weiteren persönlichen Angriffen und wilden Spekulationen Einhalt geboten wird.

Es ist gut, dass mit der Co-Leitung eine bessere Lösung gefunden worden ist. Eine Co-Leitung kann dank dem erhöhten Pensum und der daraus resultierenden Entlastung eine Chance zur Stärkung des Hauses sein. Allerdings muss sich die Co-Leitung erst bewähren.

Die Auseinandersetzung der SP mit dem BKM macht eines deutlich: Wir sind DIE Kulturpartei im Kanton, die etwas zu sagen hat. Alle anderen schauen zu. Wir waren auch die einzige Partei, die in der Februarsession geschlossen für mehr Kulturfördermittel einstand und den Antrag initiierten, das Kunstmuseum besser zu finanzieren und dadurch tragfähige strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen. Als SP werden wir darum auch in Zukunft für einen vielfältigen Kulturkanton eintreten.



Leute: Fraktionspräsident Conradin Caviezel

Concret: Coni, du bist seit kurzem unser neuer Fraktionspräsident im Grossen Rat. Was hat dich motiviert, die Nachfolge von Andreas Thöny, der in die GPK wechselt, zu übernehmen?

Conradin Caviezel: Ich arbeite gerne strategisch und habe Freude an der inhaltlichen Breite, mit der sich ein Fraktionspräsident auseinandersetzen muss. Andreas überlässt mir die Fraktion in einem hervorragenden Zustand. Sie ist sehr engagiert, gut vernetzt, heterogen und konstruktiv-kritisch. Solch eine motivierte Einheit übernehmen zu können, ist eine einmalige Chance und ehrt mich sehr.

Was sind deine Ziele für die Fraktion im letzten Jahr der Legislatur?

Wir werden z.B. im Oktober für ein modernes Gemeindegesezt und gegen alteingesessene Strukturen kämpfen und uns im Dezember mit aller Kraft für mehr Geld für die Kultur in der Budgetdebatte engagieren. In Sonntagsreden betonen alle Parteien immer die Wichtigkeit der Kultur. Es wird sich dann zeigen, ob die Bürgerlichen den Worten Taten folgen lassen. In der letzten Kulturdebatte im Frühling war dies leider nicht der Fall.

Als Fraktionspräsident bist du auch der Mittelsmann zu den anderen Fraktionspitzen. Wie ist dein Verhältnis zu den bürgerlichen Kollegen?

Obschon ich verständlicherweise sehr unterschiedliche Ansichten habe als meine Kollegen in der Präsidentenkonferenz des Grossen Rats, schätze ich alle Fraktionspräsidenten

menschlich sehr. Bereits heute pflege ich mit ihnen einen offenen, kollegialen Umgang. Mir ist wichtig, Mensch und Position zu trennen. Nur so können konstruktive Lösungen gefunden werden. Die SP muss fähig sein, je nach Thema mit allen Allianzen eingehen zu können, ohne dabei ihre Werte zu verleugnen. Dazu braucht es einen klaren Kompass, aber auch Verständnis für das Gegenüber. In einem Konkordanz-System darf man keine Berührungsängste haben.

Vorstösse zur Transparenz oder Strukturverbesserung – und gerne im Disput mit Finanzministerin Barbara Janom Steiner. Wird man dich im Parlament weiterhin mit persönlichen Vorstössen wahrnehmen?

Es ist klar, dass man als Fraktionspräsident eine etwas andere Rolle inne hat. Man spricht nicht nur für sich selber, sondern für die ganze Partei. Themen wie Transparenz oder moderne Strukturen sind aber weiterhin hoch auf meiner bzw. der SP-Agenda. Und wenn Barbara Janom Steiner wie im letzten Jahr wieder Millionen-Steuer geschenke an Unternehmen verteilen will, dann werden wir uns auf jeden Fall wieder energisch dagegen wehren.



Conradin Caviezel, Chur

Conradin Caviezel,
Grossrat und seit 1. August 2017 Präsident der
SP-Fraktion, Chur



Ewa Bender,
Co-Präsidentin JUSO
Graubünden, Bonaduz



Julia Müller,
Co-Präsidentin JUSO
Graubünden, Felsberg

Bildungsarbeit in der JUSO

Von Ewa Bender & Julia Müller

Wir, das Co-Präsidium der JUSO Graubünden, schreiben diesen Artikel gerade aus dem JUSO Sommerlager in Chandolin. Gemeinsam mit gut 120 Genossinnen und Genossen verbringen wir hier vier Tage mit einem intensiven Bildungsaustausch, aber auch spannenden Menschen und Spass. Seien es nun Diskussionsrunden mit internationalen Gästen und dem Präsidenten des Jungfreisinns, Andri Silberschmidt, oder Workshops. Die «warum sind wir SozialistInnen»-Workshops erlauben es, dem Bildungsstand eines jeden/einer jeden Genossin entsprechend, uns in den sozialistischen Ideen weiterzubilden. Der Bildungsaspekt in diesen Lagern steht im Vordergrund und ein «zu spät kommen» an den Workshops wird nicht toleriert. Gemeinsam erarbeiten wir die Grundlagen, um in der Politik Fuss zu fassen, dabei sind sowohl aktuelle Themen, wie zum Beispiel Sparmassnahmen und Flüchtlingshilfe von Bedeutung, aber auch Workshops zu politischen und ökonomischen Theorien.

Regional kennen wir das gleiche System der politischen Bildung in Form des Osterlagers. Dieses findet in einem kleineren Rahmen statt, erlaubt aber umso mehr, den Austausch zwischen den Sektionen.

Die Sektion Graubünden hat es sich zum Ziel gemacht und in den letzten

zwei Jahren auch erfolgreich umgesetzt, mindestens zwei Bildungstage pro Jahr zu veranstalten und an unseren PolitZnächten ebenfalls einen politischen Schwerpunkt zu setzen. Dieses Jahr steht zum Beispiel ein Bildungsanlass am 12. August an zum Thema «Aktivismus rund um Feminismus und Sexismus». Diese Thematik wählten wir auf Wunsch der Basis. Ein zweiter Bildungsanlass wird im September zum 100 jährigen Jubiläum der russischen Revolution stattfinden. Zu solchen Anlässen laden wir externe Experten und Expertinnen ein. Viel Wert wird auf die anschliessende Diskussion gelegt. Einmal monatlich findet zudem ein politischer Lesekreis statt. Die ausgewählten Texte versuchen möglichst vielfältig zu sein. Beispiele hierfür sind Auszüge aus dem kommunistischen Manifest oder ein Text über strukturelle Diskriminierung von marginalisierten Gruppen innerhalb des Kapitalismus.

Politische Bildungsarbeit ist uns deshalb so wichtig, weil man nur so eine fundierte Meinung erlangen kann und für die politische Auseinandersetzung vorbereitet wird. Ein Konzept, das von unseren Mitgliedern sehr geschätzt wird. Zudem stärkt es unsere Partei extrem, da wir Menschen in jungen Jahren auf ein hohes Niveau der politischen Bildung bringen.

Solidarische Grüsse aus dem Sommerlager.

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 24.09.17

Kant. Vorlagen:

Keine Abstimmungsvorlagen

Eidg. Vorlagen:

Altersvorsorge 2020 **2 x JA**

Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative) **JA**

Ausblick: a.o. Parteitag 2017

Am 6. September 2017 findet um 19:15 Uhr der a.o. Parteitag der SP Graubünden statt. Und zwar im «B12» (Brandisstr. 12) in Chur. Am Parteitag werden wir unter anderem über die Lancierung einer Initiative zur Reform des Grossen Rates diskutieren.

Seit der knappen Ablehnung der Initiative «80 sind genug», die den Grossen Rat von 120 auf 80 Sitze verkleinern wollte, haben sich alle Institutionen im Kanton reformiert: Bezirke, Kreise usw. gibt es nicht mehr, sondern neu elf Regionen. Der Finanzausgleich wurde reformiert. Regionalgerichte wurden geschaffen. Oder ein transparenteres Rechnungslegungsmodell wurde in der Verwaltung eingeführt.

Die grosse Ausnahme bleibt: Der Grosse Rat. Er besteht weiterhin aus 120 Mitgliedern, die mittels eines umstrittenen Wahlverfah-

rens gewählt werden. Zwecks einer höheren Effizienz wäre eine Verkleinerung jedoch dringend nötig. Zudem würde mit einer Verkleinerung auch eine fairere Repräsentation möglich. **Mit der Verkleinerung des Grossen Rates würde dem Volk ein leistungsfähiges und bürgernahes Parlament zur Verfügung stehen. Die Geschäftsleitung beantragt dem a.o. Parteitag eine entsprechende Initiative zu lancieren.**

Weiter wird selbstverständlich der **Wahlkampf 2018** Thema sein. Denn wir brauchen euer Engagement, damit die SP Graubünden die Wahlen 2018 gewinnt und unser neuer Regierungsrat Peter Peyer heisst.

Alle weiteren Infos zum Parteitag und zur Initiative sind auf **www.sp-gr.ch/parteitag** zu finden.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

3/2017

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer
(Redaktionsleitung),
Stefan Grass, Silvia Modalek,
Andri Perl
Versand: Peter Montigel,
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG,
Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 4/2017:
9. Oktober 2017

ClimatePartner^o
klimaneutral